

Juni 2025

Wenn der Föderalismus baden geht.

Über Gemeindefinanzen
und falsche Prioritäten.



Österreichs Gemeinden kommen mit ihrem Geld nicht mehr aus. Mal wieder. Eine Überraschung ist das nicht. Denn der österreichische Föderalismus ist eine Fehlkonstruktion.

Erinnern Sie sich an die gute alte Zeit, als es den österreichischen Gemeinden noch gut ging? Den Bürgermeister quollen die Banknoten nur so aus den Taschen. Die Kämmerer wurden per Dienstanweisung aufgefordert, das viele Geld säckeweise bei sich zu Hause unterzubringen, weil die Rathäuser schon aus allen Nähten platzten. In den städtischen Schwimmbädern blubberte Champagner.

Ach, Sie erinnern sich nicht? Das könnte daran liegen, dass diese Zeiten nie existiert haben.

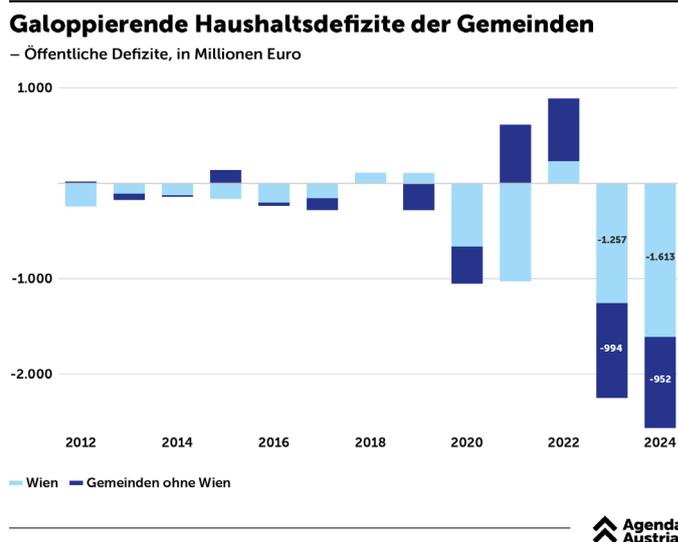
Österreichische Gemeinden jammern über zu wenig Geld, seit es österreichische Gemeinden gibt. Und das hat drei Gründe: Erstens wird kommunal eben traditionell gern und viel gejammert. Das Klagegeld gehört auf der Bürgermeisterschule zum Pflichtstoff. Zweitens wird in manchen Gemeinden in einer Art und Weise mit Geld umgegangen, die sprachlos macht. In Strobl am Wolfgangsee kostete jüngst der Bau einer öffentlichen WC-Anlage schlanke 700.000 Euro.¹ Und warum auch geizen? Bund und Land zahlen ja. Und was fehlt, wird geborgt. Traditionell natürlich zu variablen Zinssätzen, die den Gemeinden die Luft abschnüren, sobald die Zinsen steigen. Und drittens – und das ist natürlich der Hauptgrund – ist die Art, wie hierzulande Geld zwischen Bund, Ländern und Gemeinden verteilt wird, ganz grundsätzlich reformbedürftig. Derzeit nimmt vor allem der Bund das Geld ein und verteilt es gütig nach unten. Die Gemeinden bekommen von den höheren Verwaltungsebenen die Mittel zugesteckt, die sie ihrer Meinung nach brauchen, um ihre Aufgaben zu erfüllen. Und wenn das Geld dann in goldene Toilettenanlagen, Schwimmbäder und halbleere Fußballstadien geflossen ist, heißt es wieder, die Gemeinden könnten die Daseinsvorsorge kaum noch aufrechterhalten. Einzelfälle, freilich. Doch im Allgemeinen werden Bürgermeister im österreichischen Föderalismus selten für irgendetwas verantwortlich gemacht. Sogar die sonst

omnipotenten Landeshauptleute zeigen hilflos auf Wien, wenn sie die Wünsche ihrer Untertanen wieder einmal nicht erfüllen konnten. Österreich hat sich für die denkbar schlechteste Art und Weise entschieden, einen Staat zu machen. Am Ende ist das Tischtuch an allen vier Ecken zu kurz.

Der Stand der Dinge

Nun schlagen Gemeindevertreter seit Monaten wieder Alarm. Ist es diesmal mehr als nur gewohnheitsmäßiges Lamentieren und kollektives Missmanagement? In den Jahren 2023 und 2024 fuhren die Gemeinden (inklusive Wien) jedenfalls Defizite von jeweils weit mehr als zwei Milliarden Euro ein (vgl. Abbildung 1) – rund 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Es sei erwähnt, dass die Gemeinden ohne Wien (in der Abbildung dunkelblau dargestellt) ihr Defizit 2024 im Vergleich zum Vorjahr sogar leicht senken konnten. Das ändert aber nichts daran, dass das strukturelle Defizit der Länder und Gemeinden zusammen (!) gemäß Stabilitätspakt nicht mehr als 0,1 Prozent des BIP betragen darf, damit die Schulden nicht außer Kontrolle geraten. Klar, der Bund wütet noch schlimmer mit dem Geld, das er nicht hat. Aber müssen die Gemeinden deshalb auch ihre Neuverschuldungsgrenze um ein Vielfaches überschreiten?

Abb. 1: Defizite



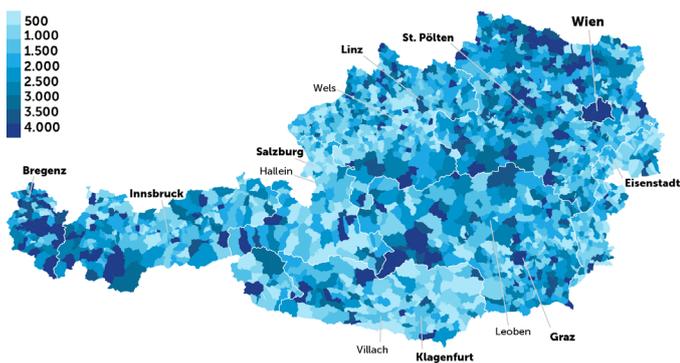
¹ <https://www.sn.at/salzburg/politik/wirbel-um-teure-toiletten-in-strobl-gemeinde-baut-oeffentliches-wc-um-700000-euro-138551782>

Allein von 2019 bis 2024 stiegen die Gemeindefschulden um fast die Hälfte. In ganz Österreich stecken die Gemeinden mehr oder weniger tief im Schuldensumpf (vgl. Abbildung 2).² Zwischen den Bundesländern gibt es erhebliche Diskrepanzen, weil sie es unterschiedlich gut oder schlecht mit ihren Gemeinden meinen. Pro Kopf sieht es im Land Salzburg und in Kärnten noch am besten aus. Dort standen die Gemeinden 2023 im Schnitt mit rund 600 Euro pro Kopf in der Kreide. Sehr viel düsterer ist die Situation dagegen in Vorarlberg und in der Steiermark, wo die Schuldenstände der Gemeinden bei durchschnittlich über 2.000 Euro pro Kopf lagen. Wien bringt es sogar auf über 5.000 Euro, hat aber freilich auch Landesaufgaben zu erfüllen, sodass der Vergleich leicht hinkt.

Abb. 2: Schulden

Im Schuldensumpf

– Verschuldung der Gemeinden, in Euro pro Einwohner, 2023



Quelle: Statistik Austria - Kartenmaterial: Statistik Austria



**Ein Einnahmenproblem?
Oder ein Ausgabenproblem?**

Was stimmt also nicht in den Büchern der Gemeinden? Der Forderungskatalog, den sie kürzlich zur Befreiung aus ihrer misslichen Lage vorgebracht haben,³ lässt jedenfalls vermuten, dass sie sich in einem Einnahmenproblem wähnen: Sie wollen grundsätzlich mehr Geld aus dem Finanzausgleich, auflagenfreie Soforthilfen, mehr Steuern sollen als gemeinschaftliche Bundesabgaben definiert werden und so weiter. Der Wortstamm „spar“ kommt nur viermal vor: Zweimal als Wortbestandteil von *Transparenz* und zweimal im Zusammenhang mit Flächenverbrauch. Aber Geld sparen? Im Sinne von nicht ausgeben? Fehlanzeige.

² Individuelle Gemeindedaten sind derzeit nur bis 2023 verfügbar.
³ <https://kommunal.at/die-forderungen-der-gemeinden-die-neue-regie-rung?.com>

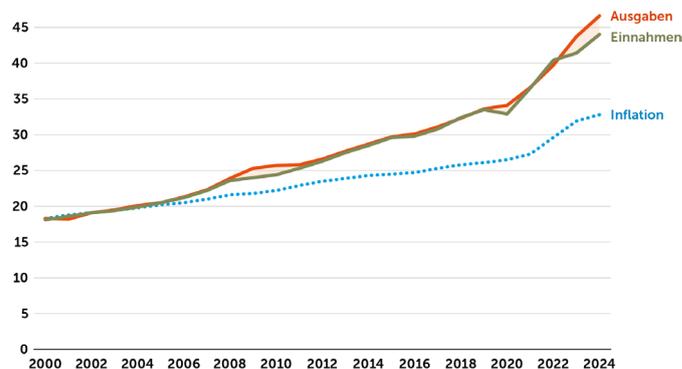
Das ist nur ehrlich, denn gespart wird auch nicht. Und auf den ersten Blick wäre das auch gar nicht nötig. Die Gemeindeeinnahmen sind nämlich seit dem letzten Vorkrisenjahr 2019 um 31 Prozent gestiegen. Über die Inflation zu jammern, gilt nicht. Natürlich ist auch für die Gemeinden alles teurer geworden, doch die Inflation lag im selben Zeitraum bei nicht einmal 26 Prozent. Und außerdem naschen die Gemeinden über ihre Ertragsanteile aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben (vor allem Lohn- und Umsatzsteuer) ohnehin direkt an der Inflation mit. Sie beklagen zwar die Abschaffung der kalten Progression, da die Lohnsteuereinnahmen des Bundes nicht in dem Ausmaß stiegen, in dem es der Fall gewesen wäre, wenn die Arbeitnehmer mit ihrem Inflationsausgleich in immer höhere Steuerstufen gerutscht wären. Doch erstens bekommen sie zum Beispiel über den Zukunftsfonds mehr Geld. Und zweitens wurden die Mehreinnahmen aus der kalten Progression auch bis zu deren Abschaffung in schöner Regelmäßigkeit in „größten Steuerreformen aller Zeiten“ eingebremst. In jedem Fall sind die Einnahmen der Gemeinden heute selbst preisbereinigt höher als je zuvor.

Doch leider gilt das auch für die Ausgaben. Sie sind seit 2019 sogar um 39 Prozent gestiegen. So sehr die Einnahmen auch galoppieren – die Ausgaben galoppieren schneller. Das Geld rinnt den Gemeinden nur so durch die Finger. Seit der Finanzkrise war die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben nie so groß wie derzeit (vgl. Abbildung 3). Durch die Inflation per se ist das nicht erklärbar.

Abb. 3: Einnahmen und Ausgaben

Gemeindebudgets wachsen rasant

– Entwicklung der Gemeindeeinnahmen und -ausgaben (inkl. Wien), in Milliarden Euro, seit 2000



Quelle: Agenda Austria, Statistik Austria.



Doch wodurch ist es dann erklärbar? Durch die Zinslast? In der Tat haben sich die Kosten für den Schuldendienst seit 2021 verachtfacht (!), weil sowohl Zinsen als auch Schuldenstände stark angestiegen sind. Eine Rekordsumme von fast 370 Millionen Euro schoben die Gemeinden 2024 ihren Gläubigern in den Rachen, statt das Geld für Schwimmbäder und Kindergärten auszugeben. Dabei wurden sie schon vor Jahren gewarnt, dass die Zeit des billigen Geldes auch wieder enden könnte.⁴ Sie hätten sie lieber nutzen sollen, um sich so weit zu sanieren, dass sie in einem normalen Zinsumfeld bestehen können. Auch wir haben die öffentliche Hand immer wieder ermutigt, auf die künftigen „Sünden der Vergangenheit“ zu verzichten.⁵

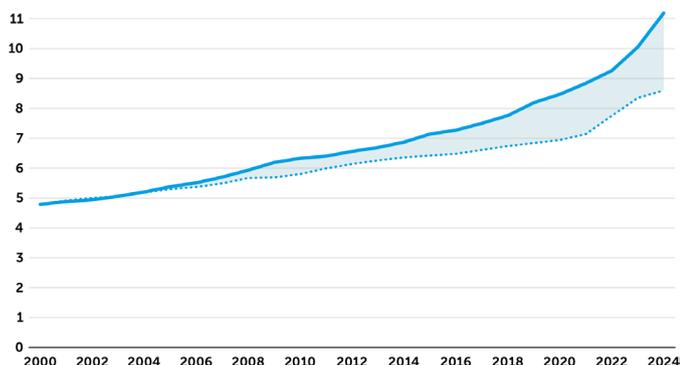
Doch obwohl die Zinsausgaben zu den am stärksten gestiegenen Ausgabenposten gehören, liegt das Problem ganz woanders: bei den Personalkosten.

Die Lohnsumme der Gemeinden steigt seit vielen Jahren deutlich stärker, als es durch eine reine Inflationsabgeltung erklärbar wäre (vgl. Abbildung 4). Dass der Bund in letzter Zeit bei den Beamtengehältern auf dem Gaspedal steht, hat auch den Gemeindebudgets nicht gerade geholfen. Aber der Hauptgrund für die seit Jahren steigende Lohnsumme ist Personalaufbau.

Abb. 4: Lohnsumme

Lohnsumme der Gemeinden wächst und wächst

– Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter der Gemeinden (inkl. Wien), in Milliarden Euro



Quelle: Agenda Austria, Statistik Austria.
Anmerkung: Die gepunktete Linie stellt das inflationsbereinigte Niveau von 2000 dar. Die blaue Fläche markiert also den realen Aufwuchs der Personalausgaben.



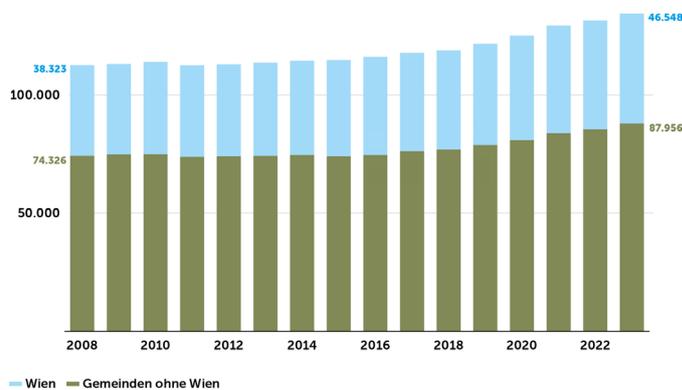
Viele Hände, ohne Ende

Die Gemeinden haben über die Jahre hinweg kräftig eingestellt (vgl. Abbildung 5). Seit 2008 sind fast 22.000 Vollzeitäquivalente hinzugekommen – ein Anstieg um fast ein Fünftel. Vor allem im Wiener Rathaus scheint die Arbeit kein Ende zu nehmen. Während die gewerbliche Wirtschaft also landauf, landab über Arbeitskräftemangel klagt und sogar der Bund es geschafft hat, den Personalbestand stabil zu halten,⁶ haben die Gemeinden eingestellt, was das Zeug hält. Wozu? Haben sie denn heute mehr Aufgaben zu erfüllen als vor 15 Jahren?

Abb. 5: Beschäftigte

Jobwunder in Österreichs Rathäusern

– öffentlich Bedienstete und Beamte, in Vollzeitäquivalenten



Quelle: Statistik Austria.
Anmerkung: Zeitreihenbruch ab 2020.



So argumentieren sie jedenfalls selbst und das zum Teil auch aus gutem Grund. Dazu gehört zum Beispiel die flächendeckende Kinderbetreuung, die die Gemeinden „mehr oder weniger ab der Geburt“ anbieten sollen, wie Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl jüngst spöttisch feststellte.⁷ Im Vergleich zu 2008 haben österreichische Kindergärten und Volksschulen fast 11.000 Beschäftigte mehr; etwa die Hälfte davon nur in Wien. Auch der demografische Wandel trägt zum Jobwunder in den Gemeinden bei. Immer mehr Ältere brauchen Pflege und ärztliche Betreuung. Doch das ist vielfach eigentlich keine Aufgabe der Gemeinden im engeren Sinne. Sie betreiben zum Beispiel nur wenige eigene Krankenanstalten.

⁴ <https://www.diepresse.com/1433186/kredite-gemeinden-sitzen-auf-zinsrisiko>

⁵ <https://www.agenda-austria.at/die-suenden-der-vergangenheit/>

⁶ BMKÖS, 2024.

⁷ <https://www.diepresse.com/19533409/die-budgetzahlen-der-gemeinden-sind-ohne-wien-besser-als-gedacht>

Von den knapp 60.000 Krankenhausbetten in Österreich stehen nur etwas mehr als 2.000 in der Trägerschaft von Gemeinden oder Gemeindeverbänden.⁸ Freilich werden sie zur Finanzierung der Landeskrankenhäuser zur Kasse gebeten (dazu später noch mehr). Auch der Pflegebereich ist in vielen Bundesländern traditionell eine Landesaufgabe; auch wenn Gemeinden natürlich eigene Alten- und Pflegeheime betreiben. Und dann kommen noch Informationsfreiheitsgesetz, Digitalisierungstrend und die überbordende Bürokratie hinzu, die allesamt personelle Ressourcen benötigen. Durch die brennenden Ringe der österreichischen Förderlandschaft zu springen, ist eben auch in den Gemeinden eine Herkulesaufgabe. Dass auch die öffentliche Hand in der Bürokratie erstickt, ist ein oft vergessenes Phänomen.

Und so summieren sich die steigenden Lohnsummen der Gemeinden immer weiter. Was soll schon schiefgehen?

Arm, aber sexy⁹

Der Stabilitätspakt verpflichtet die Gemeinden dazu, über den Konjunkturzyklus hinweg ausgeglichen zu haushalten. Doch selbst tief verschuldete Gemeinden lassen sich in der Praxis nur sehr bedingt zwingen, ihre Ausgaben zu kürzen. Obwohl es formal klare Budgetgrenzen gibt und den Ländern eine Aufsichtspflicht hinsichtlich der Gemeindefinanzen obliegt, können die Akteure in den Rathäusern beruhigt sein, dass sie im Krisenfall immer gerettet werden.¹⁰ Am Ende läuft es auf Sonderzahlungen, Umschuldungshilfen oder Ad-hoc-Förderungen hinaus. Eine glaubwürdige No-Bailout-Regel existiert nicht.

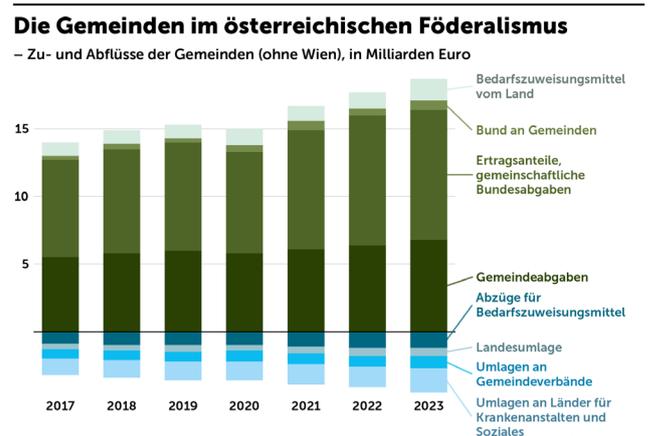
Wie tief eine Gemeinde im Schuldensumpf steckt, spielt im Alltag daher kaum eine Rolle. Oder haben Sie schon mal von einem Fall gehört, bei dem Familien aus ihrer Gemeinde wegziehen mussten, weil sie pleite war? Es ist sogar gängige Rechtsauffassung, dass eine Exekution gegen Gemeindevermögen praktisch kaum möglich wäre.¹¹ Im schlimmsten Fall schließt vielleicht das Schwimmbad – eine häufige Drohung in Finanzausgleichsverhandlungen. Ein Bürgermeister wird vielleicht abgewählt; den Scherbenhaufen räumen dann aber Bund und Länder weg. Und wenn stromaufwärts sogar die eigenen Parteifreunde sitzen, dann fließen die Hilfen gleich nochmal lockerer.¹² So etabliert sich eine Kultur des Durchreichens von Problemen. Der nächste Rettungsschirm kommt bestimmt. Die Folge ist eine systematische Verzerrung

des wirtschaftlichen Verhaltens. Investitionen werden risikofreudiger, das Kostenbewusstsein schwindet. Das gefürchtete Moral Hazard tritt zutage.

Ein Mietwagen fährt sich halt auch viel sportlicher, wenn man die Versicherungsoption ohne Selbstbehalt angekreuzt hat.

Doch manchmal trotz das Geld im österreichischen Föderalismus sogar der Schwerkraft und fließt von unten nach oben (vgl. Abbildung 6). Die Gemeinden zahlen zum Beispiel eine Landesumlage – eine Art Schutzgeld dafür, dass sie in dem jeweiligen Bundesland existieren dürfen. Das ist derzeit über eine halbe Milliarde Euro pro Jahr. Mehr als eine Milliarde Euro überweisen sie an ihre jeweilige Landeshauptstadt, von wo aus dieses Geld in Form von Bedarfszuweisungen an finanzschwächere Gemeinden umverteilt wird; das Ausmaß an Gutsherrenart variiert dabei von Bundesland zu Bundesland. Dazu kommen Umlagen an Gemeindeverbände, zum Beispiel für den Betrieb gemeinsamer Schulen.

Abb. 6: Föderalismus



Quelle: Statistik Austria.



⁸ <https://www.sozialministerium.gv.at/dam/jcr:0a2c1fb9-68c3-4355-bf22-ff0d-11c0186e/KA-Verzeichnis%202025-04-04.xlsx>

⁹ Dieses unbesorgte Bonmot prägte der ehemalige Berliner Oberbürgermeister Klaus Wowereit.

¹⁰ Ökonomen nennen das „weiche Budgetbeschränkung“, vgl. z.B. Kornai et al., 2003.

¹¹ <https://gemeindegund.at/koennen-gemeinden-in-konkurs-gehen/>

¹² In der ökonomischen Literatur nennt man das Partisan Alignment; vgl. z.B. Sollé-Ollé & Sorribas-Navarro, 2008 oder Johansson, 2003.

Und dann gibt es noch Umlagen an die Länder für Krankenanstalten und Soziales. Wenn den Ländern die Kosten für ihre Krankenanstalten über den Kopf wachsen, dann greifen sie den Gemeinden in die Taschen, die zwar mitzahlen müssen, aber inhaltlich nichts zu sagen haben.

Und deshalb ist das Narrativ modern geworden, dass die Gemeinden nur deshalb nicht mehr auf einen grünen Zweig kommen, weil die Länder ihnen immer mehr Geld abknöpfen würden. Und tatsächlich sind die Abflüsse (in Abbildung 6 blau markiert) in letzter Zeit prozentuell stärker gestiegen als die Zuflüsse (grün markiert). Wären sie seit 2017 genauso stark gestiegen wie die Zuflüsse, dann hätten die Gemeinden (ohne Wien) im Jahr 2023 rund 150 Millionen Euro mehr zur Verfügung gehabt. Das kann man nun für viel oder wenig halten, doch ein gewaltiges Defizit hätte sich insgesamt immer noch zu Buche geschlagen. Und außerdem: Was wäre denn die Alternative? Wären die Gemeinden für Gesundheit künftig selbst verantwortlich, dann käme sie das wohl kaum günstiger. Doch natürlich sind auch die Länder nicht gerade Effizienzbestien beim Ausgeben des Geldes, das sie von oben und unten zugesteckt bekommen. Dass die Gemeinden das ärgert, ist doch klar. Oft erfahren sie erst beim Blick auf den Kontoauszug, wie viel das Land von ihren Ertragsanteilen einbehalten hat. Seriös planen kann man so nicht. Und wieso kriegt die Nachbargemeinde eigentlich Bedarfszuweisungen, obwohl doch alle wissen, dass der Bürgermeister trinkt?

Und schon sind wir mitten in einer typischen Diskussion über den österreichischen Fiskalföderalismus, in der irgendwie niemand ganz Unrecht hat und doch alle wissen, dass es so nicht weitergehen kann. Eine Diskussion, die nirgendwo hinführt. Es ist, als hätten Sie zwei Chefs: Der eine verteilt die Aufgaben, der andere das Geld. Die beiden tun das auf der Grundlage einer Idee von 1948 und treffen sich nur kurz alle zwei Jahre. Wie Sie dabei am Ende aussteigen? Glückssache.

>> Handlungsempfehlungen: Plädoyer für einen ganz neuen Föderalismus

Ein kaputtes Auto wird nicht dadurch wieder fahrtüchtig, dass man ein neues Duftbäumchen an den Rückspiegel hängt. Eine umfassende Reparatur tut not:

Die weiche Budgetbeschränkung härter machen

Nehmen wir zunächst die Gemeinden selbst in die Verantwortung: Es braucht eine klare Zuweisung von Budgetverantwortung, bei der klargestellt wird, dass Bund und Länder nicht für Gemeindefschulden haften. Ein Insolvenzverfahren für Gemeinden muss eine Möglichkeit sein. Gemeinden, die gegen Haushaltsvorgaben oder Stabilitätskriterien verstoßen, sollten frühzeitig Konsequenzen spüren – etwa den Ausschluss von Fördermitteln oder Kreditmöglichkeiten. Bislang sind hier nicht alle Bundesländer gleich streng. Umgekehrt könnten Anreize für solide Haushaltsführung positiv wirken.

Mehr Finanzautonomie wagen

Ein absolut faires System, in dem derjenige anschafft, der zahlt (und umgekehrt), ist im derzeitigen Finanzausgleich illusorisch. Wahrscheinlicher würde es, wenn die Gebietskörperschaften stärker ihres Glückes Schmied wären und eigene Einnahmen generieren könnten, statt von Transfers abhängig zu sein.

Zum Beispiel so: Der Bund legt für die Einkommensteuer eine bundesweite Flat Tax fest. Die Gemeinden haben dann die Möglichkeit, einen Zuschlag auf diesen Basissteuersatz zu erheben, der ihren spezifischen finanziellen Bedürfnisse entspricht. Sie werden bei der Höhe des Zuschlags vorsichtig sein, da sie ihn nun vor ihren Einwohnern selbst rechtfertigen müssen. Damit steigt auch die Effizienz – es ist ein in der empirischen Forschung bekanntes Phänomen, dass die Politik sparsamer mit dem Geld der lokalen Bevölkerung umgeht als mit Transfers.¹³ Eine Form des horizontalen Finanzausgleichs bräuchte es aber natürlich weiterhin; auch in Ländern mit hoher Finanzautonomie (zum Beispiel in der Schweiz) geht es nicht ohne. Schließlich kann eine Gemeinde wenig machen, wenn das einzige Unternehmen im Ort pleite geht.

¹³ Man nennt dieses Phänomen auch „Fliegenpapierereffekt“; vgl. z.B. Hines und Thaler, 1995.

Finanzausgleich neu aufstellen

Die Bürgermeister sind also keinesfalls allein verantwortlich für die Probleme. Sie sind über weite Strecken Passagiere eines ungeeigneten Finanzausgleichssystems. Statt wie bisher *vertikal* über den Bund, sollte der Finanzausgleich zukünftig – wie in der Schweiz – vor allem *horizontal*, also zwischen den Gebietskörperschaften erfolgen. Der abgestufte Bevölkerungsschlüssel, der höhere Belastungen größerer Gemeinden durch ihre Nachbarn unterstellt, sollte in dieser Form abgeschafft werden, da er in seiner Pauschalität keine Gültigkeit hat. Der Ausgleich muss verstärkt auf den tatsächlichen Finanzbedarf und auf individuelle Herausforderungen der Gemeinden abstellen. Sie sollen dann mehr Geld bekommen als andere, wenn ihre Belastungen zum Beispiel aufgrund von Demografie (viele Kinder und/oder viele Ältere), Topografie (Gebirge oder weniger entwickelte Regionen) oder zentralörtlichen Funktionen für das Umland größer sind als jene anderer Gemeinden. Die Zahlungsströme müssen an die Aufgaben und an die individuellen Schwierigkeiten gekoppelt werden, die eine konkrete Gemeinde bei ihrer Erfüllung hat. Womit wir bei der nächsten wichtigen Stellschraube wären: bei den Aufgaben.

Kompetenzen entwirren

Viele Köche verderben bekanntlich den Brei. Wo passt diese Metapher besser als beim österreichischen Föderalismus? Statt Kompetenzen klar auf einer Ebene zu bündeln, reden und/oder zahlen alle überall mit. Das macht das System kompliziert, reformresistent und teuer. Denn am Ende sind immer die anderen schuld, wenn etwas nicht funktioniert. Es sollte zum Beispiel klar definiert werden, ob Gesundheit und Pflege von Ländern oder Gemeinden (oder vom Bund) organisiert werden sollen. Das gilt auch im Bildungsbereich: Derzeit wählen die Länder die Lehrer aus, der Bund bezahlt sie und am Ende beschweren sich die Eltern über sie im Rathaus. Solche Dinge sollten in einer Hand liegen. Die Gemeinden würden dann auch nicht mehr passiv Dinge kofinanzieren müssen, die über ihre Köpfe hinweg entschieden werden.

Und wer soll nun welche Aufgabe übernehmen? Grundsätzlich soll so viel wie möglich so weit unten wie möglich erledigt werden. Es mag überraschen, aber Ökonomen sind in aller Regel für mehr statt weniger Föderalismus. Was für Juristen das Subsidiaritätsprinzip ist, ist für Ökonomen das Dezentralisierungstheorem.¹⁴ Es besagt, dass eine Aufgabe immer von der kleinsten

Verwaltungseinheit erledigt werden soll, die das ohne externe Effekte hinbekommt. Straßenbeleuchtung? Sache der Gemeinde. Krankenhäuser? Eher eine überregionale Aufgabe, daher Land. Verteidigung? Klar Bund.

Weniger ist manchmal mehr

Oft genug wurde die Diskussion über eine Föderalismusreform in Österreich ins Lächerliche gezogen. Man wolle ja wohl nicht ernsthaft vorschlagen, Bundesländer abzuschaffen! Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Vorarlberg-Tirol? Das wäre aber auch nicht der Kern einer Föderalismusreform. Dass das politisch ohnehin kaum vermittelbar wäre, ist klar. Niemand will „Bindestrich-Bundesländer“, wie man sie aus Deutschland kennt. Aber man könnte schon darüber nachdenken, ob man über 2.000 Gemeinden für eine Bevölkerung von neun Millionen Menschen braucht. Es gibt zwar Kooperationen in Gemeindedienstleistungsverbänden, doch echte Gemeindefusionen gibt es – von der Steiermark abgesehen – kaum. Dabei liegen sie europaweit voll im Trend.¹⁵ Fast überall wurden in den letzten Jahrzehnten Gemeinden fusioniert. Manche Länder haben die Zahl der Gemeinden – nicht immer ganz freiwillig – mehr als halbiert; zum Beispiel Dänemark, Estland oder Griechenland. Die österreichische Gemeindestruktur gehört dagegen weiterhin zu den kleinteiligsten in ganz Europa.

Der Einwand, dass die Schweiz sogar noch mehr Gemeinden hat als wir, wäre übrigens zwar stichhaltig; dort ist die öffentliche Hand aber eben auch mit weniger als 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts verschuldet, während wir schon die 80-Prozent-Marke hinter uns gelassen haben. Und mit Frankreich, wo die Gemeinden noch kleiner sind als bei uns, müssen wir uns ja nun wirklich nicht vergleichen, oder?

¹⁴ Vgl. Oates, 1972.

¹⁵ Vgl. z.B. Geißler, 2020.

Der österreichische Föderalismus gehört vom Kopf auf die Füße gestellt. Denn die Finanznot ist real.

Die grassierenden Defizite der Gemeinden sind ganz klar auch ein systemisches Problem. Doch entlässt das die Gemeinden aus der Verantwortung? Niemand zwingt sie schließlich, den zahlreichen Fehlanreizen im System zu erliegen. Während der Nullzinsphase mit freiwilligen Belustigungen um die Gunst der Wähler zu buhlen und dann das Klagelied über die kaputtgesparten Kommunen anzustimmen, fällt wohl eher in die Kategorie Schmäh.

Umso mehr ist es nun Zeit, die Reformschritte endlich zu setzen, über deren Notwendigkeit sich eigentlich alle im Klaren zu sein scheinen.

Wann, wenn nicht jetzt?

Literatur:

- Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport (BMKÖS) (2024).** Das Personal des Bundes 2024 – Daten und Fakten. Online verfügbar unter: <https://oeffentlicherdienst.gv.at/wp-content/uploads/2024/10/Das-Personal-des-Bundes-2024.pdf> Abgerufen am 23.06.2025.
- Geißler, R. (2020).** Der Aufbau der kommunalen Ebenen in Europa. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Online verfügbar unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/der-aufbau-der-kommunalen-ebenen-in-europa> Abgerufen am 23.06.2025.
- Hines, J. R., Thaler, R. H. (1995).** Anomalies: The Flypaper Effect. *Journal of Economic Perspectives* 9 (4), 217–226.
- Johansson, E. (2003).** Intergovernmental grants as a tactical instrument: Empirical evidence from Swedish municipalities. *Journal of Public Economics* 87, 883–915.
- Kornai, J., Maskin, E., Roland, G. (2003).** Understanding the Soft Budget Constraint. *Journal of Economic Literature* 41 (4), 1095–1136.
- Oates, W. E. (1972).** *Fiscal Federalism*. New York: Harcourt, Brace and Jovanovich.
- Sollé-Ollé, A., Sorribas-Navarro, P. (2008).** The Effects of Partisan Alignment on the Allocation of Intergovernmental Transfers. Differences-in-differences Estimates for Spain. *Journal of Public Economics* 92, 2302–2319.

**Eine wissenschaftliche Publikation
der Agenda Austria**

Herausgeber

Dr. Franz Schellhorn

Autoren

Dr. Jan Kluge

Mag. Hanno Lorenz

Begutachtung

PD Dr. Gerhard Reitschuler

Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. mult.

Friedrich Schneider

Lektorat

MMag.a Judith Kreiner

Coverdesign

Rosebud

Agenda Austria

Türkenstraße 25/1/10

1090 Wien

Österreich

T +43 1 361 99 61-0

office@agenda-austria.at